

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen,
werte Damen und Herren der Verwaltung,

Haushaltsberatungen sind interessante, erhellende und erfreuliche Termine.

Wir ziehen einmal im Jahr eine grundsätzliche Bilanz, erkennen, was wir im vergangenen Jahr geschafft haben, welche Erkenntnisgewinne wir verzeichnen konnten, welche Defizite wir haben und wie viel Unvollendetes uns weiterhin beschäftigen wird. Manchmal werden längst verschollen geglaubte Themen wie die Umstellung auf doppische Buchführung oder Straßenausbaubeitragssatzung wieder aufgegriffen, in ganz seltenen Fällen sogar Unterführungen unter die Bahnlinie .

Und wie jedes Jahr nutzen wir die Gelegenheit, diffuse Stimmungen mit harten Zahlen zu untermauern oder zu widerlegen und unser politisches Handeln kritisch- auch durchaus selbstkritisch- zu bewerten und anzupassen. Vor allem aber versuchen wir, gemeinsam vorzuschauen in dieses Haushaltsjahr 2017 mit allen demografischen, pekuniären, gesellschaftspolitischen und sozialen Aspekten und unter Berücksichtigung jeder Art von Befindlichkeiten sämtlicher tangierter Personengruppen.

Haushaltsaufstellungen geben den Impuls, einen Schritt zurückzutreten und längere Linien und gröbere Konturen zu betrachten; denn Jahre eignen sich zwar als sogenannte Abrechnungszeiträume, aber die Kommune als lebender Organismus atmet normalerweise nicht im Jahresrhythmus. Das können Sie an den vielen Projekten sehen, die über mehrere Jahre in Arbeit sind oder die vielen Haushaltseinnahme- und Ausgabereise, die wir jährlich ausweisen. Ein Versuch, jahresscharf abzugrenzen. Im schlechtesten Fall hat der Kämmerer lange zu erklären, im besten Fall ist es einfach lästig, permanent Zahlen hin- und herschieben zu müssen. Von 2016 auf 17 sind es wieder rund 1,5 Mio. Wir sollten uns also nicht grämen, wenn wir in diesem Jahr „wieder mal“ etwas nicht schaffen. Dinge wären

manchmal lange, wenn sie gut werden sollen-die Zeit müssen wir uns nehmen, auch wenn die derzeitige Entwicklung des Baukostenindex echtes Potential für schlechte Laune generiert.

Mit Zeit, Geduld, Kommunikation und vielen Diskussionen stemmen wir uns der sogenannten Demokratiekrise entgegen. All die jetzt zu Tage tretenden Symptome und Phänomene wie sogenanntes „Leben in Filterblasen“, fake news, „Lügenpresse“ oder „alternativen Fakten“ beeinflussen die Arbeit von uns Politikern. Als selbstverständlich angesehene differenzierte Betrachtungsweisen und multilaterales Streben nach Kompromissen sind plötzlich quasi nicht mehr en vogue. Dabei sind einfache Antworten auf komplexe Sachverhalte selbst im überschaubaren kommunalen Bereich so gut wie nicht vorhanden .

Während wir den Haushalt aufstellen, dürfen wir aber auch einmal innehalten, uns umsehen und aufrichtig stolz und zufrieden sein: Stockstadt entwickelt sich gut, es wächst und gedeiht, wird schöner, freundlicher und leistungsfähiger. Wir sind in der glücklichen Lage, Stockstadt mit gestalten und entwickeln zu können. Dafür arbeiten und debattieren wir.

Aber zurück zu den konkreten Themen des diesjährigen Haushalts: Die Eckdaten wurden Ihnen , wunderbar aufbereitet, bereits dargelegt: Wir haben ein Gesamthaushaltsvolumen von rund 33,445.400 Mio€. Der Investitionsplan des Vermögenshaushalts mit den Investitionen von rund 6,1 Mio Euro, zu fast 2/3 im Hoch- und Tiefbau stellt ein sportliches Ziel für 2017 dar.

Der Verwaltungshaushalt kommt mit den größten Einnahmepositionen Gewerbesteuer (6 Mio), Wasser, Kanal, Stromgebühren etc (8,4 Mio), Einkommensteueranteile (4,7Mio) und der Grundsteuer (1 Mio).

Die größten Ausgabepositionen sind unter anderem die Kreisumlage bei einem Hebesatz von 41,5% (3,6 Mio) Verwaltungs-und Betriebsausgaben (6,8Mio) und Personalausgaben (5,1 Mio)

Der Haushaltsplan ergibt ein insgesamt stimmiges Bild mit einer soliden Finanzierung. Neben der Gewerbesteuereinnahme und der Gemeinschaftssteuern ist ein prägnanter Posten die abzuführende Kreisumlage. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Hebesatz nicht gesunken ist, aber auch in unserem Landkreis sind Aufgaben vor allem im Bereich soziale Arbeit geradezu explodiert und die Defizite im Klinikum Aschaffenburg-Alzenau sind im Steigen begriffen, so dass sich diese Position durchaus mit Mehrwert oder zumindest unmittelbarer Notwendigkeiten für die

Gesellschaft rechtfertigen lässt, zumal die Bezirksumlage als Ausgabebeziehung für den Kreis nochmals ansteigt.

Zur Gewerbesteuererhebung, die signifikant für unsere Leistungsfähigkeit ist und für die wir die Gewerbetreibenden in unser tägliches Nachgebet einschließen sollten, ist kurz zu erwähnen, dass sich Stockstadt bedauerlicherweise im landkreisweiten Vergleich an 28. Stelle (von 32) was die Gewerbesteuer/Fläche betrifft, befindet. Da Flächen die unangenehme Eigenschaft besitzen, endlich zu sein, müssen wir Lehren aus der Vergangenheit und dem Beispiel anderer Kommunen ziehen. Diese Gelegenheit bietet sich nur alle paar Jahrzehnte - wie zum Beispiel in diesen Wochen und Monaten. Nehmen wir diese Chance wahr! Versuchen wir, ein Alleinstellungsmerkmal und einen echten Mehrwert für sich ansiedelnde Betriebe zu geben - auch als Gegenleistung für den überdurchschnittlichen Gewerbesteuerbesatz und sichern wir eine der wichtigsten Einnahmequellen für den Markt Stockstadt.

Zur Bewertung des vorliegenden Haushalts können wir mehrere Punkte, die uns im letzten und in diesem Jahr wichtig waren, heute aufgreifen und im größeren Kontext eingebunden ausführen.

Als wichtigste Projekte für die nächsten Jahre werden die Neuorganisation der Grundschule und die Sanierung des Waldschwimmbads ihre Spuren in unseren Haushalten hinterlassen; in diesem Jahr mit rund 190 T für die Grundschule, zu deren Zukunft unser Leitantrag vom Plenum gebilligt wurde. Wir werden zur umfassenden und nachhaltigen Beackung dieses Felds einen Ausschuss ins Leben rufen, der uns bis Ende des Jahres einen tragfähigen Plan und ein Konzept vorlegen soll. Durch die Einbindung aller relevanten Entscheider wird, so unsere Intention, die bestmögliche Variante mit Kostenschätzung in den nächsten Haushalt einfließen. Wir wagen mal die Prognose, dass die jetzt eingestellten ca. 350T pro Jahr etwas knapp sein dürften.

Die Sanierung des Schwimmbads, das für den Gesamtgemeinderat in der Prioritätenliste weit oben steht, wird in diesem Jahr noch schlanke 81 T im investiven Bereich kosten, in den Betriebskosten selbstredend wie immer weit mehr, nämlich 430T (ohne kalk. Kosten); in den weiteren je um die 620 T im investiven Bereich. Für einen so mächtigen Posten war es gut und richtig, nach vielen Beratungen eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Dieselbe Harmonie und eine fast schon gespenstisch anmutende Eintracht ist uns ja glücklicherweise bei der Causa Aussegnungshalle gelungen; für sie stehen nun mit 590T zur Verfügung. Wir harren nun der Ausführung.

Der Bau einer neuen Kinderkrippe in kommunaler Trägerschaft, die mit insgesamt 1,8Mio zu Buche schlägt (Zuschüsse 1,075 Mio) und in diesem Jahr zur Ausführung kommt, wird natürlich nach wie vor von unserer Seite unterstützt, ebenso selbstverständlich die Ansätze im Bereich Straßenbau, der Feuerwehr, Spielplätze, E-Werk, W-Werk etc etc etc

Unser Antrag zur Überprüfung und Novellierung der Sicherheitskonzepte in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen ist noch nicht abschließend beraten. Falls hier signifikante Summen für zeitnah anfallende Investitionen fällig würden, müssten wir außerplanmäßige Ausgaben beschließen, da Phantasieansätze aus unserer Sicht hier keinen Sinn ergeben.

Mit unseren Anträgen zum Haushalt bezüglich des sozialen Wohnungsbaus und der Ausschüttung der Gewinne im E-Werk an die Stromkunden wollten wir Signale für Gerechtigkeit und soziale Verantwortung setzen. Während der Antrag zum sozialen Wohnungsbau von den Kollegen gebilligt wurde, konnten wir auch in diesem Jahr nicht durchsetzen, dass der Überschuss, den das gemeindliche E-Werk ausweist, den Bürgern/Stromkunden zugute kommt.

Die Argumente für und wider einer Strompreissenkung sind hier auf allen Seiten wohlbekannt und oft gehört, aber die Zahlen werde ich Ihnen dennoch kurz zu Ihrer geneigten Kenntnisnahme mitteilen (Die Einführung der Doppik befindet sich ja trotz bestehenden Beschlusses in einem bedauernswerten komatösen Zustand):

Deshalb hier der prognostizierte Einnahmeüberschuss laut der kameralen Darstellung: rund 211 T€

Bei einer Senkung des Stromtarifs um 0,5ct /kwh würden wir ca 80T€ Mindereinnahme generieren, analog bei 0,25€/kWh 40T€. Wir denken, eine geringfügige Entlastung der Bürger wäre angesichts dieser Werte durchaus zu verantworten. Eventuell könnten wir uns bei Gelegenheit über die Einführung eines Automatismus zur Regelung des Strompreises einigen, so dass nicht bei jeder Gebührenänderung der Populismus-Alarm erschallt, sondern eine wirklich gerechte, dynamische Gestaltung des Strompreises möglich wird; mögliche variablen und fixe Faktoren mögen vom Werksausschuss entwickelt werden. Wir überlegen uns etwas bleiben hier auf jeden Fall am Ball. Versprochen.

Nun möchte ich in aller Kürze, die der Komplexität des Themas nicht im geringsten gerecht wird, eine Überlegung zur Verwertung des großen Verkehrsgutachtens anschneiden: Sie alle kennen mittlerweile die Verkehrsströme und damit zusammenhängenden Zahlen in Stockstadt ca 12000 Fahrzeuge in der Obernburger Straße pro Tag; 2450 Fahrzeuge in der Schulstraße, 3-5% echter Durchgangsverkehr. Der allergrößte Teil des innerörtlichen Verkehrs ist hausgemacht; ist Ziel- und Quellverkehr. Allein: Eine echte, revolutionäre Empfehlung zur Reduzierung und Beruhigung desselben konnte nicht ausgesprochen werden. Da bei genauer Betrachtung der Zahlen jedoch der „Beförderungsverkehr“ für die Grundschule –vor allem in den stark belasteten Straßen- sehr hoch ist, möchten wir die Möglichkeit eines kostenfreien Schulbusverkehrs prüfen lassen. Die Kosten wären von der Allgemeinheit zu tragen, aber profitieren würden Schüler, Eltern, Anwohner der betroffenen Straßen und die übrigen Verkehrsteilnehmer in jeder rush hour- ganz zu schweigen von der Einsparung von Emissionen. Es wäre einen Versuch wert, beispielweise befristet und auf Probe, aber es wäre ein ernst gemeinter, konkreter Vorschlag zur Nutzung des Verkehrsgutachtens zugunsten aller. Ein entsprechender Antrag ist in Arbeit und geht Ihnen in Kürze zu. Eine weitere langfristige Entspannung der Verkehrssituation könnte im Stärken des innerörtlichen Einzelhandels liegen- hier müssen frische Konzepte her; demografisch und verkehrspolitisch notwendig.

Zum Stellenplan und der Beratung hierüber in einer umfangreichen nicht öffentlichen Sitzung möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

Die Personalkosten steigen Jahr für Jahr, bedingt unter anderem durch tarifbedingte Lohnsteigerungen und Erhöhung der Zahl unserer Beschäftigten.

Wir erhalten dafür die Arbeitskraft und das Know-How, um unsere Geschäfte korrekt abzuwickeln und unsere Pflichten als Marktgemeinde nachkommen zu können. Wir schätzen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr; wir erkennen Ihren Einsatz, Ihre Kenntnisse und Fähigkeiten und Ihre Pflichterfüllung an und danken Ihnen dafür, dass wir uns auf Sie verlassen dürfen. Das Organisationsgutachten des BKPV hat uns gezeigt, dass, abgesehen von kleinen Abweichungen, das Rathaus und die gemeindlichen Einrichtungen zufriedenstellend und bedarfsgerecht besetzt sind.

Darüber hinaus dürfen wir- mit ausdrücklichem Placet unsrer Fraktion- bald einen Bautechniker in den Reihen unserer Beschäftigten begrüßen. Wie uns wort- und tränenreich versichert wurde, ist die enorme Arbeitsbelastung durch das zuverlässig mächtige Investitionsprogramm im Bereich Hoch- und Tiefbau zu groß für das

bestehende Personal. Die bislang bekannten großen Projekte wie der Krippenneubau, Ausbau der Hauptstrasse und Feuerwehrstrasse, Sanierung der Lüftungsanlage in der Frankenhalle, größere Maßnahmen im Bereich der Grundschule, Sanierung des Freibads, Umbau der Aussegnungshalle etc etc etc... Dazu kommt, dass das Engagement von Herrn Katzenmeier als Personalratsvorsitzender weitere Arbeitszeit bindet.

Deutlich kritischer sehen wir allerdings die Neigung der Verwaltung, Stellen zu besetzen, ohne den Personalrat rechtzeitig zu beteiligen. Konkret heißt das in diesem Jahr: bei Einstellungen, Versetzungen und Trägerwechseln. Wie bereits in den Beratungen angedeutet, wünschen wir ein Procedere wie es im Personalvertretungsgesetz geregelt ist.

Wir stehen fest an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Marktes Stockstadt und wollen, dass die Rechte unserer Beschäftigten gewahrt werden- und dazu gehört ein starker Personalrat, der seine Rechte einfordert und wahrnimmt.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Stellenmehrung im Hauptamt; die signifikanten Mehrausgaben durch eine Doppelbesetzung der besagten Stelle sind wir nicht bereit, über mehrere Jahre zu tragen. Wir brauchen hier unbedingt ein klärendes Wort zum Zeithorizont .

Weiterhin gibt es wohl ganz beträchtliche Konfusion, was Ein- und Höhergruppierungen von Beschäftigten anbelangt. Im Organisationsgutachten des BKPV wurde festgestellt, dass für die Eingruppierung die dauerhaft einer Planstelle zugewiesenen Aufgaben maßgeblich sind. Mit den strittigen Punkten muss sich so bald als möglich klärend und rechtssicher geäußert werden.

Der Stellenplan in der jetzigen Fassung findet unsere Zustimmung nicht.

Der Haushaltsplan Finanzplan und Investitionsprogramm hingegen werden wir geschlossen zustimmen. Der Haushaltsplan ist aus unserer Sicht harmonisch, ausgewogen und so realistisch wie er sein kann. Die Kritikpunkte, auch die an uns gerichtete, werden weiterhin verfolgt und beobachtet.

Unsere Philosophie und Vorstellungen sind zwar nicht zu 100 Prozent im Zahlenwerk dargestellt, aber demokratisch zustande gekommen und deshalb zu akzeptieren.

Wir danken der Verwaltung, der Kämmerei, den Fachabteilungen und allen Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit.

Für die FW-Marktgemeinderatsfraktion

Stellv. Fraktionssprecherin

Jutta Herzog

09.03.2017